

Wichtige Akzente für die Wirtschaft beim Wirtschaftsparlament gesetzt!

Die Freiheitliche Wirtschaft konzentriert sich auf die Vertretung der Vitalinteressen der Wirtschaft und wir haben daher als Signal folgende gemeinsame Anträge mit dem Wirtschaftsbund zur Weiterentwicklung des Standortes eingebracht.

Neue Personenverkehrsdienstleistungen fair gestalten: Der Anspruch auf Mobilität hat sich verändert und das machen sich internationale Dienste (Uber) zunutze und bieten ihre Dienstleistungen wettbewerbsverzerrend an. Daher braucht es gleiche Rahmenbedingungen für gleiche Tätigkeiten und eine Neugestaltung der Berufs- und Marktzugangsbedingungen der bisher getrennten Taxi- und Mietwagengewerbe.

Weiterentwicklung Sozialpartnerschaft zu einer Standort- & Zukunftspartnerschaft: Ziel ist es, ein gemeinsames Verständnis aller Leistungsträger für die standortrelevanten Zukunftsthemen - wie Globalisierung und Digitalisierung zu schaffen. Wir wollen dabei an all jenen Themen arbeiten, die Österreich bewegen und wir wollen Ergebnisse, die wir rasch umsetzen.

Bildungsoffensive für Österreich: Mittels einer Strategie soll ein ganzheitliches und wechselseitig durchlässiges Bildungssystem (dual bzw. trial) entwickelt werden, damit die vorhandenen Berufsbilder zukunftsfit gemacht und neue ermöglicht werden. Dazu braucht es auch einen standardisierten Talente-Check für ganz Österreich.

Starkes Breitband für starke Unternehmen: Österreichs Breitbandausbau hinkt dem EU-Vergleich hinterher. Er ist daher mit Nachdruck voranzutreiben. Die Herausforderung besteht in der Koordinierung zwischen Bund, Ländern und den Gemeinden. Förderungen der öffentlichen Hand sind zielgerichtet einzusetzen!

Faire und transparente Infrastrukturkosten: Ein leistungsfähiges Verkehrssystem ist ein wichtiger Standortfaktor und Voraussetzung für eine moderne Gesellschaft. Die Kosten der jetzigen Infrastruktur sind im europäischen Umfeld unverhältnismäßig hoch und fernab von Transparenz und Kostenwahrheit. Der Antrag bezweckt daher, eine transparente Offenlegung der Kosten und damit die Reduktion von Überzahlungen.



„Die Zukunft gehört einer Standort- und Zukunftspartnerschaft mit der Verlagerung in die Betriebe, denn dort sind die wichtigen Entscheidungen zu treffen. Wir setzen auf eine Reformpartnerschaft und brauchen keine Verhinderungs- und Verweigerungspolitik und schon gar keine „Fake-News-Kampagnen“. Wir arbeiten für alle Leistungsträger im Land, um Wohlstand zu sichern!“

BO Matthias Krenn

Hotelier & WKÖ-Vizepräsident



- ⇒ Druckformat
- ⇒ [Homepage](#)
- ⇒ [Datenschutz](#)
- ⇒ [Abmeldung Newsletter](#)